



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

47. Sitzung (öffentlich)

27. November 2003

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Klaus-Dieter Stallmann (CDU)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

1 Umsetzung der Vorschläge der Regierungskommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ 1

Vorlage 13/2286

– Bericht der Landesregierung

• Bericht durch Wolfgang Riotte (Beauftragter der Landesregierung)..... 1

• Diskussion..... 5

- 2 Aktuelle Viertelstunde** 9
- Hier: Drohender Abzug von Personal bei den Autobahnpolizeien im Wege der belastungsbezogenen Kräfteverteilung**
- auf Antrag der CDU
- Bericht durch MDgt Salmon (IM) 9
 - Diskussion 10
- 3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz – LBesG NRW)** 11
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4500 – Neudruck
- a) Einzelplan 03 – Innenministerium
b) Landesbesoldungsgesetz
- Ergebnis 11
- 4 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen** 12
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296
- Zuschriften 13/3234, 13/3253, 13/3263 bis 13/3265, 13/3267, 13/3270 bis 13/3272,
13/3292, 13/3293 und 13/3294
- Abschließende (Mit)Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Ergebnis: *ohne Votum an den AELFN* 12

5 Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen..... 12

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/3538

In Verbindung damit:

Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2267

Und:

Kommunale Zusammenarbeit im Ruhrgebiet optimieren – Offensive für eine aktive Ruhrregion

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Gesetzentwurf der CDU – Drucksache 13/2267

Drucksache 13/2333

Sowie:

„Die Ruhrstadt“ – ein Kommunalverbund auf der Basis freier bürgerschaftlicher Entscheidung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2452

Zuschriften 13/1806, 13/2119, 13/2609, 13/2648, 13/2699, 13/2677, 13/2737, 13/2738, 13/2788, 13/2789, 13/2822, 13/2823, 13/2824, 13/2835, 13/2836, 13/2842, 13/2843, 13/2844, 13/2845, 13/2846, 13/2847, 13/2850, 13/2851, 13/2853, 13/2854, 13/2856, 13/2857, 13/2859, 13/2860, 13/2861, 13/2862, 13/2866, 13/2868, 13/2871, 13/2872, 13/2875, 13/2877, 13/2881, 13/2897, 13/3061, 13/3109, 13/3127, 13/3137 und 13/3138

– Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion..... 13
- Ergebnis 13

6 Aufklärungsquote steigern – DNA-Analyse als erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen 14

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3623

Zuschriften 13/2947, 13/2948, 13/2951, 13/2952, 13/2955, 13/2960, 13/2961,
13/2963, 13/2971, 13/2972, 13/2973, 13/2979, 13/2980, 13/2989

– Abschließende (Mit)Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Ergebnis: *ohne Votum an den RA* 14

7 Duales Ausbildungssystem für junge, geduldete Ausländer öffnen 14

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/4161

– Abschließende (Mit)Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Diskussion 14
- Ergebnis: *abgelehnt* 15

8 Entbürokratisierung: Straßenverkehrsämter entlasten, Zulassungsverfahren kundenfreundlich den technischen Überwachungsvereinigungen übertragen..... 16

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/4130

– Entscheidung über ein Expertengespräch und das weitere Beratungsverfahren

- Diskussion 16
- Ergebnis 17

- 9 Polizei neu aufstellen – Polizeireform jetzt**..... 17
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4399
- Entscheidung über ein Expertengespräch und das weitere Beratungsverfahren
- Diskussion..... 17
 - Ergebnis: *öffentliche Anhörung beschlossen* 18
- 10 Einrichtung für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der Inneren Sicherheit in NRW** 19
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4400
- Entscheidung über ein Expertengespräch und das weitere Beratungsverfahren
- Diskussion..... 19
 - Ergebnis 19
- 11 Offener Brief zu der Demonstration der Gewerkschaft der Polizei anlässlich des SPD-Parteitags**..... 20
- auf Antrag der Fraktion der FDP
- Bericht der Landesregierung
- Bericht durch IdP Wehe (IM) 20

werde. Eventuelle Änderungsanträge seien dem Ausschusssekretariat zur Herstellung einer übersichtlichen Abstimmungsvorlage rechtzeitig zuzuleiten. – Der **Ausschuss** verzichtet auf weitere Fragen und nimmt den weiteren Verfahrensablauf zur Kenntnis.

4 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

Zuschriften 13/3234, 13/3253, 13/3263 bis 13/3265, 13/3267, 13/3270 bis 13/3272,
13/3292, 13/3293 und 13/3294

– Abschließende (Mit)Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann leitet ein, der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz wird sich hiermit am 9. Dezember 03 befassen und erwartet rechtzeitig ein Votum dieses Ausschusses.

Frank Baranowski (SPD) schlägt für seine Fraktion vor, den Punkt ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten. – Der **Ausschuss** folgt der Anregung.

5 Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/3538

In Verbindung damit:

Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2267

Und:

Kommunale Zusammenarbeit im Ruhrgebiet optimieren – Offensive für eine aktive Ruhrregion

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Gesetzentwurf der CDU – Drucksache 13/2267

Drucksache 13/2333

Sowie:

„Die Ruhrstadt“ – ein Kommunalverbund auf der Basis freier bürgerschaftlicher Entscheidung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2452

Zuschriften 13/1806, 13/2119, 13/2609, 13/2648, 13/2699, 13/2677, 13/2737, 13/2738, 13/2788, 13/2789, 13/2822, 13/2823, 13/2824, 13/2835, 13/2836, 13/2842, 13/2843, 13/2844, 13/2845, 13/2846, 13/2847, 13/2850, 13/2851, 13/2853, 13/2854, 13/2856, 13/2857, 13/2859, 13/2860, 13/2861, 13/2862, 13/2866, 13/2868, 13/2871, 13/2872, 13/2875, 13/2877, 13/2881, 13/2897, 13/3061, 13/3109, 13/3127, 13/3137 und 13/3138

– Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann schickt voraus, mit Schreiben vom 24.11.03 lägen Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen in synoptischer Form vor. Diese seien auch den mitberatenden Ausschüssen für deren Sitzungen zugeleitet worden, die gestern getagt hätten. Der kommunalpolitische Ausschuss habe seine Beratung auf den 7. Januar verschoben. Darüber hinaus wollten der Ministerpräsident, einige Minister und die Opposition am 16. Januar zusammenkommen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Insofern stelle sich die Frage, ob eine Beratung in diesem Ausschuss am 8. Januar sinnvoll wäre.

Frank Baranowski (SPD) schlägt vor, den Punkt vorsichtshalber auf die Tagesordnung zu setzen, da im Moment nicht abgesehen werden könne, wie sich bei dem Thema die weitere Entwicklung gestalte.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) meint, da die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen dem Ausschuss am 24. November zugeleitet worden seien und man beim RVR-Gesetz einen großen Konsens anstrebe, sei nun die Opposition gefordert. Insofern sollte der Punkt schon auf die Tagesordnung am 8. Januar genommen werden, um zu schauen, ob man den Punkt dann gemeinsam verabschieden könne.

Vorsitzender Klaus-Dieter Stallmann merkt zum Entschließungsantrag an, da dieser im Plenum abschließend beraten und entschieden werde, sollte hier kein Vorgriff erfolgen.

Des Weiteren sei bezüglich der gestellten Änderungsanträge noch eine Entscheidung über eine Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände gemäß § 32 in Verbindung mit Anlage 9 der Geschäftsordnung des Landtags zu treffen. Für den Fall, dass der Ausschuss eine solche beschließe, werde den kommunalen Spitzenverbänden die Synopse zugesandt werden.

Der **Ausschuss** beschließt einvernehmlich, die kommunalen Spitzenverbände zu den Änderungsanträgen – Synopse – schriftlich anzuhören. – Der Punkt kommt am 8. Januar wieder auf die Tagesordnung.